CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Région Wallonne - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

EMPFEHLUNG

betreffend

Standortsuche für ein weiteres Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen

Bezug nehmend auf die dem Interregionalen Parlamentarierrat (IPR) durch seine Gründungskonvention zugewiesenen Aufgaben,

- die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch eine enge grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern,

- langfristig zur Entwicklung einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Gebieten beizutragen, von denen die einzelnen Regionen betroffen sind,

wendet sich der Rat gegen die Errichtung eines weiteren Endlagers für radioaktive Stoffe und Abfälle in der Großregion. Durch die geplante Anlage, neben den beiden grenznah zu Deutschland, Luxemburg und Belgien gelegenen Kernkraftwerken Cattenom (Moselle) und Chooz (Ardennes) sowie dem Kernkraftwerk Tihange in Belgien, den im Département L`Aube bestehenden beiden Endlagern für sehr schwach aktive sowie leicht- und mittelaktive radioaktive Abfälle, dem im Département Meuse in Erkundung befindlichen Endlager für hochaktive radioaktive Abfälle, würde die Konzentration an kerntechnischen Einrichtungen in der Großregion nochmals erhöht werden.

Der IPR fordert die internationale deutsch-französisch-luxemburgisch-belgische Regierungskommission daher auf, sich umgehend mit der Frage zu befassen und effiziente Verfahren der wechselseitigen Information sowie eine angemessene grenzüberschreitende Beteiligung sicherzustellen.

Der IPR ersucht des Weiteren die Mitglieder des Gipfels der Großregion, bei den Regierungen der Republik Frankreich, des Königreichs Belgien, des Großherzogtums Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland für die Großregion darauf hinzuwirken, dass

- bei der Standortsuche die Interessen der Bevölkerung in der Großregion berücksichtigt werden, wobei die derzeitige Konzentration an kerntechnischen Anlagen in den ostfranzösischen Gebieten besonders beachtet werden muss und

- die Standortfindung künftiger Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle aus sicherheitsrelevanten Erwägungen primär nach geologischer und technischer Eignung zu erfolgen hat.

Der IPR appelliert deswegen auch an alle kommunalen und in die interkommunale Kooperation involvierten Verantwortungsträger und Gremien in der Großregion, das Anliegen dieser Resolution aufzugreifen und mit zu vertreten.

Luxemburg, den 5. Dezember 2008